

Unbezahlbar oder kostenneutral?

Warum Verlage nichts befürchten müssen

von Dankwart Guratzsch

Berlin - Der Schulbuch-Verlag Ernst Klett, Stuttgart, befürchtet einen "ökonomischen Riesenschaden", wenn die Rechtschreibreform zurückgenommen wird. "Allein die redaktionelle Überarbeitung der Bücher würde uns 25 bis 45 Millionen Euro kosten," gibt der Geschäftsführer der Schulbuchsparte des Verlages, Johannes Leßmann, an. Rund 3000 Titel müssten überarbeitet werden, 25 bis 30 Millionen Euro kämen noch hinzu, um den Lagerbestand auszumustern.

Solche und ähnliche Kostenschätzungen machen seit der Ankündigung der Verlage Axel Springer und "Spiegel", zur herkömmlichen Rechtschreibung zurückzukehren, in der Öffentlichkeit die Runde. Doch bei näherer Betrachtung zeigt sich sofort, wie fadenscheinig derartige Phantasiesummen sind. Wozu müssen Bücher eigentlich "redaktionell überarbeitet" werden, wenn es lediglich darum geht, das Rechtschreibprogramm auszutauschen? Das funktioniert auf einfachen Knopfdruck, und schon ist die neue Druckfassung fertig. Ebenso unglaubwürdig ist die Angabe, daß Lagerbestände "ausgemustert" werden müßten. In zahlreichen Verlagen sind sogar heute noch Lagerbestände in klassischer Rechtschreibung vorhanden. Sie könnten neu eingesetzt werden. Außerdem ist nie von einer Rückumstellung an einem Tag die Rede gewesen. Sehr viel wahrscheinlicher ist ein allmähliches "Herausschleichen" aus der neuen Rechtschreibung, was zugleich den Lehr- und Lerneffekt erhöhen und den überstürzten Neudruck von Schulbüchern unnötig machen würde.

Noch viel unglaubwürdiger ist es, wenn sich ausgerechnet deutsche Kultusminister nun plötzlich mit dem Kostenargument solidarisieren. Denn es war ja gerade die Kultusministerkonferenz gewesen, die bei der Einführung der neuen Rechtschreibung die Kostenfrage in ihrer Dresdner Erklärung vom 25.10.1996 für unerheblich erklärt hatte: "Falsch ist der Vorwurf," hieß es dort, "daß durch die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung Kosten in Milliardenhöhe entstehen werden. Falsch zunächst einmal deshalb, weil es nicht stimmt, daß literarische Bücher neu gedruckt werden müssen. Außerdem haben die Kultusminister bei ihrer Beschlußfassung im Dezember 1995 auch darauf geachtet, in dem Bereich, der tatsächlich betroffen ist, nämlich bei den Schulbüchern, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Kosten zu sparen. Durch die neunjährige Übergangsfrist für die Neuregelung der Rechtschreibung können Schulbücher - mit Ausnahme der Rechtschreiblernmittel - weitgehend im normalen Erneuerungsturnus ersetzt werden."

Warum soll dasselbe nicht bei der Rückkehr zur klassischen Rechtschreibung gelten?

Noch 1997 stellte der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair, damals noch ein glühender Befürworter der Rechtschreibreform, öffentlich klar: "Es kommt zu einem Nebeneinander von Alt und Neu, wodurch jedoch alle, Privatbürger wie Unternehmer, genügend Zeit für eine schrittweise und weitgehend kostenneutrale Umstellung haben." Mit Kostenargumenten wird sich das Festhalten an der neuen Rechtschreibung also auch heute kaum begründen lassen.

Der ARD-Vorsitzende Jobst Plog erklärte unterdessen, der Sender bleibe "bis auf weiteres bei den Regeln, die in den Schulen unterrichtet werden". Dies sei das Ergebnis einer Schaltkonferenz der ARD-Intendanten, die sich dabei vor allem "von der Verantwortung für die heranwachsende Generation leiten" ließen. Ausführlich will sich die ARD mit der Rechtschreibpraxis bei einer Intendanten-Konferenz Mitte September in Köln befassen.

Artikel erschienen in WELT online am 11. August 2004